



II-10382 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTER

für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz
DR. MICHAEL AUSSERWINKLER

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2
Telefon: 0222/711 72
Teletex: 322 15 64 BMGSK
DVR: 0649856

- GZ 114.140/70-I/D/14/a/93

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

4715/AB

1993 -07- 05

Parlament
1017 Wien

zu 48091J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Keppelmüller und Genossen haben am 6. Mai 1993 unter der Nr. 4809/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Umweltpolitik der Bundesregierung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche umweltrelevanten Initiativen Ihres Ressorts wurden in dieser Legislaturperiode gesetzt (Gesetze, Verordnungen, Projekte, Veranstaltungen)?
2. Welche umweltbezogenen Maßnahmen des Arbeitsübereinkommens der Bundesregierung wurden bereits erfüllt?

Wie hoch würden Sie den Ihr Ressort betreffenden Erfüllungsgrad der umweltpolitischen Maßnahmen des Arbeitsübereinkommens ansetzen?
3. Welche umweltrelevanten Initiativen planen Sie noch bis Ende 1994?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Mein Ressort leistet einerseits in den ihm gesetzlich zugewiesenen Bereichen, andererseits durch Expertenarbeit im Rahmen von umweltbezogenen Initiativen anderer Ressorts einen wichtigen Beitrag zur Umweltpolitik der Bundesregierung.

- 2 -

Im einzelnen verweise ich insbesondere auf folgende umweltrelevante Maßnahmen:

- Erlassung der Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl.Nr. 448/1991. Diese Verordnung schafft die gesetzlichen Voraussetzungen für ein von Pestiziden unbelastetes Trinkwasser.
- Entwurf eines Gentechnikgesetzes, das neben dem Schutz der Gesundheit auch den Schutz der Umwelt vor den Auswirkungen gentechnischer Anlagen, sowie im Zusammenhang mit der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen regelt.
- Mitwirkung bei den Durchführungsverordnungen zum Chemikaliengesetz, soweit diese dem Schutz der menschlichen Gesundheit dienen, insbesondere

Verordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie über ein Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Pflanzenschutzmitteln, BGBl.Nr. 97/1992;
Formaldehydverordnung, BGBl.Nr. 194/1990;
Verbot von Pentachlorphenol (PCP), BGBl.Nr. 324/1990;
Asbestverordnung, BGBl.Nr. 324/1990;
Verbot von Perchlorethylen, BGBl.Nr. 776/1992;

- Mitwirkung an den Durchführungsverordnungen des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie zum Ozongesetz;
- Fachliche Mitarbeit an der Entwicklung von Normen betreffend Gütekriterien für Klärschlamm und Kompost. Diese Kriterien fanden und finden Eingang in die Durchführungsbestimmungen zum Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes.
- Fachliche Mitwirkung an der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln;

- 3 -

- Fachliche Mitwirkung an der Zulassung von Düngemitteln;
- Erarbeitung einer Empfehlung der Strahlenschutzkommission betreffend "Richtwerte für die Radonkonzentration in Innenräumen";
- Ausbau und laufende technische Verbesserung des Strahlenfrühwarnsystems;
- Teilnahme und fachliche Mitarbeit an der UN-Umweltkonferenz 1992 (UNCED);
- Forschungsprojekte zu folgenden Themen:
 - "Asbestfaserkonzentration im Wasser",
 - "Umweltkontamination und möglicherweise erhöhte Krebsrisiken im Bereich Wr. Neustadt und Mitterndorfer Senke",
 - "Altstoffprüfung der Stoffe Dibutylmaleinat und Formamidinsulfinsäure im Rahmen der OECD"
 - "Immissionsabschätzung bei Nuklearunfällen",
 - "Ermittlung der Strahlenbelastung der österreichischen Bevölkerung durch Radonexposition"
- Förderung des Österreichischen Normungsinstitutes für die Ausarbeitung von Normen im Bereich des Strahlenschutzes.

Weiters verweise ich bezüglich der im Sinne des Konsumentenschutzes gelegenen umweltrelevanten Produktdeklarationen auf die Produktkennzeichnung für giftige Stoffe und Zubereitungen sowie für Pflanzenschutzmittel, wobei diese Kennzeichnungserfordernisse von meinem Ressort geprüft und festgelegt werden.

- 4 -

Im Hinblick auf die Mitbefassung meines Ressorts in umweltrelevanten Fragen, für die andere Ressorts federführend zuständig sind, läßt sich der in der Anfrage erwähnte Erfüllungsgrad der umweltpolitischen Maßnahmen des Arbeitsübereinkommens aus Sicht des Gesundheitsressorts nicht quantifizieren.

Zu Frage 3:

Die erwähnten laufenden umweltbezogenen Aktivitäten meines Ressorts, wie etwa Durchführungsmaßnahmen zum Chemikalien- und Pflanzenschutzmittelgesetz, werden fortgesetzt.

Ferner ist eine Studie zum Thema "Luftqualität in Innenräumen" geplant.

Im Zusammenhang mit den im Arbeitsübereinkommen geforderten Maßnahmen auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes hinsichtlich umweltrelevanter Produktdeklarationen ist eine Studie in Aussicht genommen, um Grundlagen für eine, über die derzeitige gesetzliche Lage hinausgehende, Produktdeklaration bezüglich umwelt- und gesundheitsrelevanter Inhaltsstoffe zu erarbeiten.

Ergänzend ist zu bemerken, daß der Entwurf des im Arbeitsübereinkommen geplanten Gentechnikgesetzes derzeit unter Berücksichtigung der eingelangten Stellungnahmen mit dem Ziel überarbeitet wird, eine Regierungsvorlage noch im Herbst 1993 dem Nationalrat vorzulegen.

